

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Udo Theodor Hemmelgarn, Marc Bernhard,
Frank Magnitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/17523 –**

**Aussetzung der Energieeinsparverordnung und Verzicht auf Vorlage eines
Entwurfs für ein mögliches Gebäudeenergiegesetz**

A. Problem

Außerkraftsetzung der Energieeinsparverordnung als Maßnahme zur Lösung der Wohnraumkrise in Ballungsräumen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/17523 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Lorenz Gösta Beutin
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Lorenz Gösta Beutin

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/17523** wurde in der 150. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. März 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktion der AfD zielt darauf ab, die Energieeinsparverordnung außer Kraft zu setzen, um auf diese Weise den Wohnungsmangel in Ballungsgebieten zu bekämpfen. Nach ihrer Auffassung müssten die Arbeiten an einem Gebäudeenergiegesetz bis auf weiteres eingestellt werden, und es dürfe kein entsprechendes Gesetz vorgelegt werden. Zur Begründung erklären die Antragsteller, durch die Verordnung entstünden Kosten, die sich direkt in den Mietpreisen niederschlugen. Eine Aussetzung sei ein wesentlich besseres Mittel zur Lösung der Wohnraumkrise als etwa die Mietpreisbremse.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/17523 in seiner 49. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/17523 in seiner 78. Sitzung am 17. Juni 2020 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17523 zu empfehlen.

Berlin, den 17. Juni 2020

Lorenz Gösta Beutin
Berichtersteller

